

Tarifverhandlungen im TVöD

- Betreffen uns nicht? Leider falsch, sie werden für uns richtungsweisend!

Am 13. Januar 2010 haben die Tarifverhandlungen für den Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) für die Beschäftigten von Bund und Kommunen begonnen. Sie werden die entscheidenden Signale und Margen für die im nächsten Jahr folgenden Tarifverhandlungen im Rahmen der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und des Tarifvertrags für Hessen (TV-H) setzen.

Gerade jetzt, mitten in der Krise, verlangen die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes mehr Geld. „Obszön“ nannte das ein Reporter des Deutschlandfunks. Natürlich fordern auch die Arbeitgeber, die Tarifforderungen an der Lage der Haushalte zu orientieren. Mit anderen Worten, von ihnen werden Lohnverzicht und Abbau tariflicher Standards angestrebt. Wenn Bund und Kommunen damit durchkommen, dann werden die Länder im nächsten Jahr diesem schlechten Beispiel folgen.

Dabei gibt es einige gewichtige Argumente, die gegen eine Lohnzurückhaltung sprechen:

➔ Weder Nullrunden noch Lohnverzicht würden ausreichen, die chronisch unterfinanzierten Haushalte

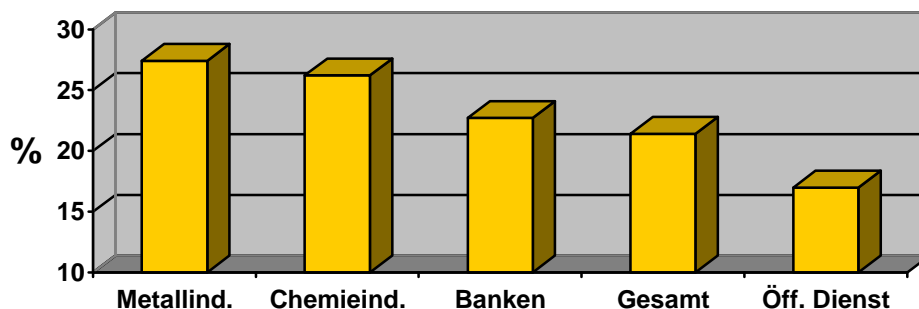
zu sanieren. Nur eine Steuerpolitik, die endlich die Einnahmeseite auf ein in Europa übliches Niveau bringt und damit deutlich stärkt, könnte Abhilfe schaffen. Ohne die Steuersenkungen der letzten Jahre hätten die Finanzminister heute pro Jahr 30 Milliarden Euro mehr in der Kasse. Wenn die Politik glaubt, in der jetzigen Lage weitere Steuergeschenke an Reiche, Erben und Hoteliers verteilen zu müssen, ist es zynisch, von den Beschäftigten Zurückhaltung einzufordern. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben es satt, solche Steuergeschenke durch Gehaltsverzicht zu finanzieren.

➔ Der öffentliche Dienst hat sich seit Jahren mit bescheidenen Lohnerhöhungen zufrieden geben müssen – immer mit dem Argument der leeren Kassen begründet. Wie weit der öffentliche Dienst in den



Foto: GEW

Tarifliche Lohnerhöhungen verschiedener Branchen von 2000 bis 2009 - Inflationsverluste nicht berücksichtigt



Alte Bundesländer / Quelle: WSI-Tarifarchiv

letzten zehn Jahren zurückgefallen ist, zeigt die Grafik. Alle Gehaltsgruppen sind dringend auf Gehaltserhöhungen



der Krise deshalb besonders betroffen wurde, weil die Löhne während des letzten Aufschwungs viel weniger als in anderen Ländern gestiegen sind und die Unternehmen deshalb immer abhängiger von der Nachfrage aus dem Ausland wurden.

Die Tarifpolitik im öffentlichen Dienst kann nicht ausbügeln, was an anderer Stelle falsch gemacht wird: Gute staatliche Leistungen in Schulen und Kindergärten erfordern eine ordentliche Finanzausstattung. Mit Lohndumping sind sie nicht zu erreichen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben es satt, die Sparschweine der Nation zu sein.

Was können wir tun?

Auch wenn nur wenige von uns im Moment direkt betroffen sind, können wir daran arbeiten, die Stimmung zu verändern. Aus Eigeninteresse, denn im nächsten Jahr sind wir wieder dran – unter ähnlichen Bedingungen. Deshalb sollten wir:

- ➔ Im Unterricht, im Freundes- und Bekanntenkreis entsprechend aufklären und werben.
- ➔ Aktionen im Rahmen der Tarifausschreibungen wenn es geht auch durch Anwesenheit unterstützen.
- ➔ Leserbriefe schreiben.

Machen wir uns dran! Denn das bisherige Gebaren der Bundesregierung verheißt für die Finanzausstattung des Bundes, der Länder und der Gemeinden nichts Gutes!

- angewiesen, denn die Gehälter sind bei Berücksichtigung der Inflation real gar nicht gestiegen, sondern in Wirklichkeit gefallen. Nicht umsonst waren bei den letzten Streiks von Erzieherinnen und Erziehern Transparente mit Aufschriften zu sehen wie „Habe Arbeit. Brauche Geld!“
- ➔ In der aktuellen Wirtschaftslage ist es ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, die Binnennachfrage durch eine größere Kaufkraft der Beschäftigten zu stärken. Dies trägt mit Sicherheit deutlich mehr zur Beschleunigung des Wachstums bei, als eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Hotelbetreiber auf fast ein Drittel. Mittlerweile vertreten ja sogar Mitglieder des Sachverständigenrates und Vertreter der Banken die Meinung, dass Deutschland von



Mit freundlicher Genehmigung von Thomas Pläßmann

Kontakt zur GEW:

KV-Hanau:	Heinz Bayer, 06181-81302, bayer-hanau@t-online.de
KV Gelnhausen:	Ingrid Engelbart, 06058-1460, IEngelbart@web.de
KV-Schlüchtern:	Frank-Ulrich Michael, 06664-919491, FUMichael@t-online.de